

STEIRISCHE Volksstimme

Ausgabe 1, Jänner 2012 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

ZEITUNG DER STEIRISCHEN **KPÖ**

Volksbefragung 20. Jänner Für Neutralität!

Seite 2/3

Foto: Bundesheer Greblen



So jung – und schon wehrpflichtig. Die beiden Militär-Hunde freuen sich schon auf ihre Ausbildung als Katastrophenhelfer.

Bürozeiten der KPÖ Voitsberg:

jeden Mittwoch,
9.30-12 Uhr,
Christian Masser,
Bezirkssekretär



jeweils Dienstag, 10-12,
Mit Sozialberater
Mag. Phillip Reininger



KPÖ Voitsberg, Conrad v. Hötzendorfstraße 29, 8570 Voitsberg, Tel. 03142/22 421



KLEIN, aber MIT BISS



Die EU verbietet Glühbirnen und will die Wasserhähne regulieren. Die Spekulanten haben dafür weitere freie Bahn.

ZITIERT

Die Logik der allgemeinen Wehrpflicht ist die Neutralität und die sich daraus ergebende Verpflichtung zur („umfassenden“) Landesverteidigung. Die Logik des Berufsheeres ist die Teilhabe an einem größeren europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsverbund – also auf Deutsch: Mitmachen in der Nato. Hans Winkler, Die Presse, 31.12.2012

„Solange ich in der Funktion des Verteidigungsministers bin, wird es keine Berufsarmee in Österreich geben. Darauf haben all jene mein Wort, die auf das derzeitige System vertrauen, aber auch jene, die es lieber heute als morgen abschaffen wollen!“ Verteidigungsminister Darabos gab 9.6.2010 sein Wort im Parlament.

INHALT

Kaputtsparen im Land: Die Budgetrede der KPÖ	4/5
Höchste Arbeitslosigkeit seit 1945 in Steiermark	5
Kaufkraft der Pensionen sinkt. Reale Teuerung hoch.	6
Tag der offenen Konten	7
Regreß: Angehörige müssen zu Unrecht zahlen	9
Aus den Bezirken: Gemeindefusionen, Spitäler	11-14
Elke Kahr-KPÖ: Wahlerfolg	15
Erdäpfel essen mit R.P.Gruber	17
Tipps gegen Schnupfen	19
EU untergräbt Souveränität	20
Anzeigen, Impressum	22
Tierecke	23

Für Wehrpflicht und Für Neutralität

Am 20. Jänner sind die Österreicher an die Wahlurnen gerufen um folgende Frage zu beantworten:

a) Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder b) sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?

So formulierte die Bundesregierung ihre Frage an die Österreicherinnen und Österreicher. Es geht NICHT um die Abschaffung des Bundesheeres, wie manche vortäuschen wollen, sondern um die Anpassung an die EU-Armee in Form eines Berufsheeres. Das bringt auch Antimilitaristen dazu, für b - Wehrpflicht UND Zivildienst zu stimmen. Wehrdienst und Zivildienst sollten gleichberechtigt sein. Sie sollten – wie vom Sozialminister versprochen – in jedem Fall bezüglich Bezahlung und sozialrechtlicher Absicherung wesentlich verbessert werden: Durch Anrecht auf Arbeitslosengeld und Pensionszeiten nach Ableistung des Wehr- bzw. Zivildienstes.

Faymann foppt SPÖ

Kaum jemand – außer der seltsamen Koalition aus Kronenzeitung und Grünen – scheint den Kanzler bei seinem Vorhaben zu unterstützen. Vom SPÖ-Bundespräsidenten Fischer bis zu SP-Gewerkschaftern und Jugendorganisationen herrscht selbst bei SPÖ die Kritik an den Berufsheer-Ideen Faymanns

KEINE WEHRPFLICHT OHNE RECHTE!

Die Vereinigung demokratischer Soldaten setzt sich für eine umfassende Demokratisierung der Bundesheeres ein. Die Idee: Mit der Pflicht sind auch Rechte verknüpft. Homepage: www.vdsoe.org/

vor. Kein Wunder: Das Bundesheer hat schon jetzt eine starke Berufskomponente. Die derzeitigen Berufssoldaten kommen in den Berufsheerfantasien der SPÖ-Heeresministers Darabos aber nicht vor.

Foto: Bundesheer/Greihen Wolfgang



Darabos: jahrelang Soldaten missbraucht

Heeresminister Darabos kam in die Regierung um den Ausstieg aus den superteuren Eurofightern zu ermöglichen. Er hat nicht nur hier versagt: Jahrelang hat er in seiner Amtszeit die missbräuchliche Verwendung von Grundwehrdienern als Grenztruppe (Assistenzeneinsatz) fortgesetzt. Heute teilt er allen, die einen Dienst abgeleistet haben, ob Wehrdienst, Zivildienst oder Miliz mit: Ihr seids eh unprofessionell!

Stimmabgabe **persönlich** mit amtlichem Lichtbildausweis:

- im Wahllokal in der Hauptwohnsitz-Gemeinde oder

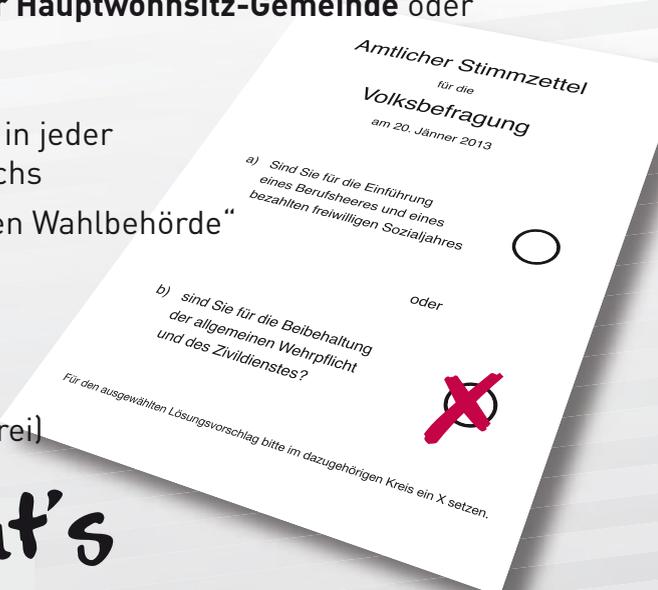
mit **Stimmkarte**:

- in einem Wahllokal in jeder Gemeinde Österreichs
- vor einer „fliegenden Wahlbehörde“
- per Briefwahl

Informationen:

www.volksbefragung2013.at
Tel.: 0800 500 180 (gebührenfrei)
(Mo-Fr 08.00 - 13.00 Uhr)

So geht's



Zivildienst stimmen!



Sommer 2012: Katastropheneinsatz des Bundesheeres in St. Lorenzen im Paltental nach Murenabgang

Berufsarmee heißt...

... Verdoppelung der bisherigen Heereskosten auf 4 Mrd. Euro plus Eurofighter-Vorleistung von 6 Mrd. Euro, gleichzeitig Milliarden-Kürzungen bei Arbeitenden, Pensionisten, im Sozial- und Bildungsbereich.

... Teilnahme an den EU-Kampftrouppen, sei es unter EU-, NATO- oder deutschem Kommando. Gegen einen neuen Anschluss!

... das Ende der aktiven Neutralitätspolitik, sie führt zu Beteiligung an eventuellen Kriegen der EU und macht Österreich zum Angriffsziel.

Ja zu Wehrpflicht und Zivildienst!

- Grundwehrdiener und Reservisten lassen sich nicht einfach in Kriege schicken.
- Die Neutralität darf nicht noch weiter ausgehöhlt werden!
- Das Bundesheer und Zivildienst müssen umfassend reformiert werden!
- Empowerment: Mehr Rechte, Geld und Sozialleistungen für Wehr- und Zivildienstleistende!

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg und Jugendfunktionär Hanno Wisiak stellen die Kampagne der steirischen KPÖ zur Volksbefragung am 20. Jänner vor: „Berufsarmee bedeutet Teilnahme Österreichs an den Angriffskriegen der EU oder NATO für Konzernprofite. Wir sind aber für ein österreichisches Bundesheer, das der Neutralität und dem Schutz der Bevölkerung verpflichtet ist.“

Volksbefragung am 20. Jänner 2013

Für Wehrpflicht und Zivildienst.

Neutralität statt EU-Armee



KPÖ

www.kpoe-steiermark.at/wehrpflicht



BERICHTE AUS
DEM LANDTAG
STEIERMARK



Trotz Höchststand der Arbeitslosigkeit wurde im steirischen Landtag mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP ein weiteres Doppel-Belastungsbudget für 2013 und 2014 verabschiedet. Die Sparpolitik zu Lasten der Bevölkerung geht weiter.

Das Landesbudget 2013/14 sieht u.a. folgende Kürzungen vor:

Soziale Wohlfahrt: minus 4,5 % auf 2,15 Milliarden Euro.

Kindergärten: minus 10,2 % auf 216,6 Mio. €

Berufsbildende Pflichtschulen: minus 12, 2 % auf 125,5 Mio. €

Berufsbildende mittlere Schulen: minus 25,2 % auf 93,6 Mio. €
Gesundheit: Kürzungen von 2011 bis 2014 von 780 Mio. € durch: Bettenabbau, Ausdünnung der regionalen medizinischen Versorgung durch Krankenhaus- und Abteilungsschließungen.

Was bereits passiert ist:

30 Volksschulen wurden aus „Spargründen“ geschlossen, ebenso mehrere andere Schulen. Im Gesundheitsbereich regiert der Kahlschlag. Bei Gemeinden und Land gibt es Nulllohnrunder bei den Beschäftigten. Viele Sozialbetriebe mussten ihre Arbeit einstellen oder drastisch reduzieren. Der Gratiskindergarten wurde aufgehoben, die Wohnbeihilfe gekürzt. Der Pfleregeregress wurde eingeführt: 2.500-3.500 Angehörige zahlen für pflegebedürftige Angehörige durchschnittlich (nach Einkommen) 160 € im Monat.

Generalangriff auf die Steuer

KPÖ-LAbg. Werner Murgg zum Landesbudget 2013/2014

Stabilitätspakt, Fiskalpakt, Schuldenbremse: alles Dinge, die dem neoliberalen Diktat der ausgaben-seitigen Budgetsanierung untergeordnet sind. Darin liegt die Ursache des restriktiven Sparkurses unseres Bundeslandes, der mit dem Doppelbudget 2011/12 einsetzte.

Es gibt zwei Wege Schulden zu reduzieren:

Ausgabenseitig: Das trifft die Masse der Bevölkerung, indem Leistungen und Infrastruktur zurückgefahren werden; das Rezept der SPÖ/ÖVP-Reformpartner

Erschließen neuer Einnahmen: Das wäre dringend geboten. Mir ist klar, dass Landesabgaben nur 1,6 % der Gesamteinnahmen betragen. Dadurch kann das Budget nicht entlastet werden.

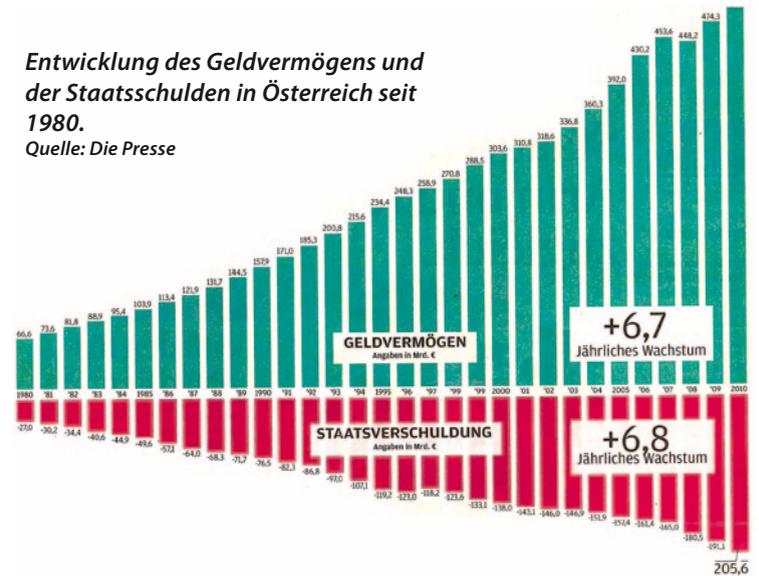
Aber selbst diese bescheidenen Möglichkeiten werden nicht genutzt. Während breiten Bevölkerungsschichten Leistungen gestrichen werden, verzichten SPÖ und ÖVP auf eine auch nur moderate Besteuerung der Unternehmen. Eine von diesen zu entrichtende Nahverkehrsabgabe könnte bis zu 30 Millionen Euro bringen. Sie verzichten auf eine von Schotterbaronen einzuhebende Schottersteuer oder auf eine von Handelsketten zu bezahlende Bodenversiegelungsabgabe (Stellplatzabgabe). Wichtigste Einnahmequelle bleiben die Ertragsanteile an Bundessteuern.

Die arbeitenden Menschen tragen die Last

Würde das Kapital ebenso besteuert wie Löhne, Gehälter und Umsatz, das Steueraufkommen würde – ohne Kaufkraftverlust – um mehrere zehn Prozent steigen. Finanzlandesrätin Bettina Vollath sagt: „Die Ursache der steigenden Neuverschuldung ist darin zu sehen, dass der Zu-

Entwicklung des Geldvermögens und der Staatsschulden in Österreich seit 1980.

Quelle: Die Presse

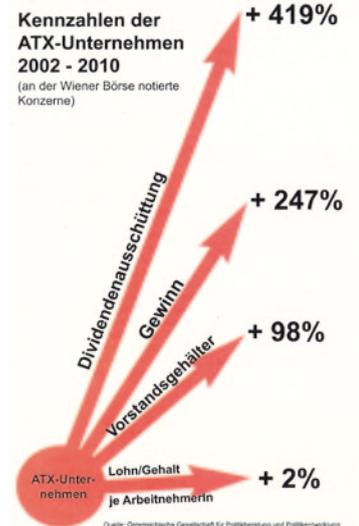


wachs der Einnahmen nicht mit dem Ausgabenwachstum Schritt hält.“ Richtig, der Finanzausgleich blendet eine potenzielle Einnahmequelle nahezu aus. Es ist höchste Zeit hier gegenzusteuern!

Bei 500 Mrd. Euro Geldvermögen betragen die Staatsschulden 206 Mrd. Beide steigen seit 1980 im Gleichklang. Die Staatsschulden sind aber nicht die Ersparnisse der Österreicher, wie uns gerne weiszumachen versucht wird, im Gegenteil: 1% besitzen ca. 150 Mrd. Euro, das sind 73 % der Staatsschulden. Hier wäre ein Haircut dringend von Nöten! Aber auch die Konzerngewinne explodieren seit 2002 – trotz Krise.

Die österreichischen Bankenrettungspakete haben – ohne Haftungen – 6 Mrd. Euro gekostet. 2,2 Mrd. wurden in den ESM eingezahlt, bei Haftungen von

17,3 Mrd. 8,2 Mrd. Euro. Geld, das dazu dient, in Griechenland ausländische Privatbanken zu retten und weltweit das Finanzcasino aufrechtzuerhalten.



Löhne stagnieren, aber Dividendenausschüttung plus 419%, Gewinne plus 247%. Allein 2011 haben ATX-Unternehmen 2,1 Mrd. Euro Dividenden ausgeschüttet.



Protest im Landhaus gegen die Kürzungspolitik von SPÖ und ÖVP.

mark

(gekürzt)

Es reicht!



KPÖ-LABg. Werner Murgg bei der Budgetrede der KPÖ

Landesrat Christian Buchmann (ÖVP) sagt: „Ich bin dagegen, mit neuen Abgaben den Menschen in die Tasche zu greifen.“ Aber genau das macht die SPÖ/ÖVP-Regierung. Indem sie den Gratiskindergarten abgeschafft hat, greift sie den Eltern in die Tasche. Indem sie die Wohnbeihilfe gekürzt hat, greift sie den Mieterinnen und Mietern in die Tasche. Indem sie die Schule in der Breitenau schließt, greifen sie den Menschen in die Tasche, weil jetzt irgendjemand den weiten Schulweg nach Bruck bezahlen muss. Sie greift den Menschen unentwegt in die Taschen, aber sie greift in die falschen Taschen.

Landesrätin Vollath sagt: „Das Budget wird saniert, ohne Landesvermögen zu veräußern.“ Auch das stimmt nicht! Loser-Bergbahnen – verkauft. Hauser-Kaibling – verkauft. Hörgas-Enzenbach wird verkauft. das LKH West soll verkauft werden. Schloss Liechtenstein – verkauft. Schloss Schwanberg – wird vermutlich bald verkauft.

Die SPÖ/ÖVP-Landesregierung hat eine besondere Unverfrorenheit parat: Während soziale Transferleistungen seit Jahren nicht an die Teuerung angepasst wurden, sieht das neue

Parteienförderungsgesetz eine automatische Wertanpassung der Fördergelder vor.

Die KPÖ steht für einen anderen Weg. Der Reichtum ist ungleich verteilt. Die Arbeiter und Angestellten unseres Landes, die diesen Reichtum erarbeiten, haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt! Trotzdem sollen sie die Zeche der Spar- und Sanierungspakete bezahlen. Dass sich die „Reformpartner“ zur Speerspitze eines von den Konzern- und Kapitaleliten der EU europaweit verordneten Gesundenschumpfens gemacht haben, mag ÖVP-Kreise, die Industriellenvereinigung und verschiedene Medien zu Jubelstürmen hinreißen. Wir aber werden weiter Widerstand gegen eine solche Politik leisten.



MEINUNG

Arbeitsplätze statt Kürzungspakete!



Die aktuellen Berichte des AMS Steiermark zeigen eine dramatische Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 8 Prozent erhöht. Die Gruppe der Über-50jährigen ist am stärksten betroffen. Noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik waren so viele Menschen in unserem Land arbeitslos.

Angesichts dieser Entwicklung ist es besonders erschreckend, dass die Landesregierung an ihren Budgetplänen festgehalten hat. Denn mit dem neuen Doppelbudget fallen erneut zahlreiche Arbeitsplätze dem Opfer. Bereits 2011/2012 wurden hunderte Stellen vor allem im Bereich der Betreuung von Menschen mit Behinderung gestrichen. Alleine für die Sanierung von Wohnungen wurden 43 Mio. Euro gestrichen, das wirkt sich unmittelbar auf die Beschäftigung aus.

Auch wenn SPÖ und ÖVP dazu übergegangen sind, die Kürzungen sogar noch als Erhöhung zu verkaufen, drohen tausenden Betroffenen weitere Einschnitte bei Arbeitsplätzen, Einkommen und somit bei der Kaufkraft. Die Budgetpolitik von Voves und Schützenhöfer ist zu einem Motor der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten geworden.

Immer mehr Steirerinnen und Steirer werden in die Abhängigkeit von Unterstützungen gedrängt, die dafür immer geringer ausfallen. Die Steiermark befindet sich dank dieser Politik in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale. Gerade in dieser Situation wären Investitionen in die Sozialwirtschaft gut angelegtes Geld. Das zeigen auch Studien der Arbeiterkammer und des ÖGB. Die Folgekosten des kurzfristigen Kahlschlags im Gesundheits- und Sozialbereich steigen stark an, zum Beispiel in der Jugendwohlfahrt. Was sich heute als Einsparung verkaufen lässt, verursacht mittelfristig oft weitaus höhere Folgekosten. Wer das nicht bedenkt, handelt kurzsichtig.

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Graz, 10.12.2012: Einen Tag vor dem Budgetbeschluss protestierten Tausende gegen die unsoziale Politik von SPÖ und ÖVP im Land

MIT DEM GELD AUSZUKOMMEN WIRD IMMER SCHWERER

Steigende Preise – sinkende Pensi

Das Belastungspaket der Regierung bringt den Senioren nichts Gutes. Die Pensionsanpassung liegt diesmal um 1 Prozent unter der offiziellen Inflationsrate. Die ältere Generation wird mit 1,8 Prozent abgespeist, während viele Dinge des täglichen Bedarfs um 10 Prozent und mehr teurer werden.

Die Kaufkraft der Seniorinnen und Senioren sinkt noch stärker als in den vergangenen Jahren (siehe Tabelle oben). Und unsere Super-Politpensionisten Blecha und

Khol reden wie zum Hohn von einem Erfolg.

Die Pensionsalmsosen der Re-

gierung bedeuten einen Verlust an Kaufkraft, der insbesondere für kleine und mittlere Pensionsbezieher zu einer weiteren Einschränkung des Lebensstandards führt und viele in die Altersarmut drängt. Die reale Kürzung der Pensionen ist nicht der schlechten Wirtschafts- und Budgetlage Österreichs geschuldet, sondern dem Fiskalpakt der EU. Mit der Kürzung von Pensionen wird die Nachfrage gedämpft und damit die Arbeitslosigkeit weiter erhöht.

Pensionen sind kein Almsosen, sondern durch Arbeit erworbene Ansprüche. Pensionskürzungen sind Lohnkürzungen. Die Angriffe auf das Pensionssystem haben zum Ziel, den Anteil der Beschäftigten an ihrer Arbeitsleistung zu beschneiden. Damit hoffen die großen europäischen Industrie- und Finanzkonzerne die Arbeit zu verbilligen, um im globalen Wettbewerb die Nase vorne zu behalten.

Altersarmut muss verhindert werden!

Seit der Euro-Einführung schrumpfen die Pensionen



DAS IST DIE TEUERUNG:

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbes, der vor allem Lebensmittel enthält, stieg im September um 3,1% gegenüber dem Vorjahr. Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf widerspiegelt und auch Dienstleistungen und Treibstoffe enthält, erhöhte sich im 12-Monatsvergleich um 4,3%.

Nahrungsmittel kosteten durchschnittlich um 3,3% mehr: Fleisch und Fleischwaren +6,3%, Gemüse +10,2%, Brot und Getreideerzeugnisse +3,3%. Die Preise für alkoholfreie Getränke stiegen durchschnittlich um 4,7% (Kaffee +7,6%). Energie und Wohnen wurden teurer: Heizöl +11,6%, Strom +1,8%, Gas +3,2%, Wohnungsmieten +3,6%.



© Günter Menzl - Fotolia.com

Polit-Pensionisten

Die obersten Pensionistenvertreter Österreichs, Blecha und Khol, beziehen Pensionen jenseits der 10.000-Euro-Grenze.

Ehemalige Landespolitiker bekommen vom Land Zusatzpensionen von gesamt 1,8 Mio. Euro.

Gehaltserhöhung: monatlich 280 Euro mehr für Landeshauptmann

Funktion	Gehalt 2012	Gehalt 2013
Bundespräsident Fischer	€ 22.848	€ 23.259
Bundeskanzler Fayman (SPÖ)	€ 20.400	€ 20.767
Landeshauptmann Voves (SPÖ)	€ 15.504	€ 15.783
LH-Stellvertreter Schützenhöfer(ÖVP)	€ 14.688	€ 14.952
Landesrat (SPÖ, FPÖ, ÖVP)	€ 13.872	€ 14.121
Landtagsabgeordnete	€ 5.304	€ 5.399

(Monatliche Bruttobezüge, 14mal im Jahr)

KPÖ-Landtagsabgeordnete behalten davon max. 2.200 Euro im Monat für sich.



onen!

15 JAHRE Tag der offenen Konten

„Pensions-Experten“ kassieren ab

Sogenannte „Pensions-Experten“ streichen Riesensummen dafür ein, dass sie unser Umlage-System bei den Pensionen schlechtmachen. Der deutsche Pensions-experte Walter Riester verdiente bekam für solche Vorträge mindestens 180.000 Euro jährlich, zusätzlich zu seinem Gehalt. Das von ihm eingeführte System der privaten Zusatzpensionen (Riester-Rente) ist gescheitert. Auch in Österreich ist es ähnlich. Zusatzpensionen liegen weit unter der Inflationsrate. Auch in Österreich gibt es mit Bernd Marin einen „Pensionsexperten“, der für seine Stellungnahmen hohe Honorare kassiert.

<http://www.stoppdempensionskassenflop.at>

<http://lobbypedia.de>



Elke Kahr und die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg spendeten 2012 € 127.622,62 - seit 1998 insgesamt über 1,3 Millionen Euro.

Zum 15. Mal legen die KPÖ-Mandatare am „Tag der offenen Konten“ die Belege für die Verwendung ihrer Politikerbezüge offen. Nach Ernest Kaltenecker, der diese Praxis 1998 eingeführt hatte, halten sich auch die Grazer Stadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg an die Richtlinie, dass ein großer Teil ihrer Bezüge als Politiker für in Not geratene Menschen verwendet wird.

Im Jahr 2012 haben sie insgesamt € 127.622,62 für diesen Zweck an 944 Familien und Personen zur Verfügung gestellt. Stadträtin Elke Kahr spendete allein € 53.423,45 an 512 Personen. Unterstützung für Lebensbedarf, Mietzinszahlungen (Verhinderung von Delogierungen), Kauttionen, Reparaturen. Waschmaschine, Boiler etc. sowie Strom- und Heizkosten machten einen Großteil der Ausgaben aus.

In Summe wurden seit 1998 von den Mandatare der KPÖ insgesamt € 1.357.143,62 an 9.665 Familien und Personen ausbezahlt.

Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Diese Offenlegung ist mir sehr wichtig. Es geht darum, zu zeigen, dass es Politiker gibt, die sich mit ihren Gehältern nicht von der Mehrheit der Bevölkerung abheben. Gerade in diesem Jahr habe ich gesehen, dass durch die Teuerungen und durch die

niedrigen Gehälter und Pensionen viel mehr Menschen als früher bei uns Hilfe suchen. Deshalb ist es auch notwendig, auf politischer Ebene Maßnahmen zu setzen, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Stadt und Land beitragen.“

Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Im abgelaufenen Jahr haben sich besonders die Probleme mit Kosten für Gesundheitsversorgung gehäuft. Selbstbehalte, Zahnersatz und Therapiekosten stellen viele Menschen vor große Probleme – obwohl die öffentlichen Kassen Gewinne erwirtschaften. Hier muss dringend etwas geschehen.“

KPÖ-Nein zur neuen Parteien- förderung

LABg. Murgg (KPÖ): „Bei Sozialleistungen gibt es auch keine jährliche Wertsicherung“

Gegen die Stimmen von KPÖ und FPÖ das neue steirische Parteienförderungsgesetz beschlossen. SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten der Neuregelung zu. Hauptgrund für die Ablehnung durch die KPÖ ist die nun vorgesehene automatische jährliche Erhöhung (Indexierung).

Die KPÖ hat seit Beginn der Verhandlungen dafür plädiert, die Indexierung herauszunehmen. KPÖ-LABg. Werner Murgg: „Es kann nicht sein, dass wichtige Sozialleistungen nicht wertgesichert werden, die Parteienförderung hingegen schon.“

Notruf 0316/877 5102

**Helfen statt reden.
Mit Rat und Tat!**

**KPÖ
wirkt!**

**Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus**



MEINUNG

Von Franz Eisinger, GLB-Vorsitzender
in Mürzzuschlag

Gewerkschaften verlieren

Das vergangene Jahr 2012 zeigt für uns Arbeiter deutlich wohin die Zukunft führt. Aufkündigungen von Kollektivverträgen, Nulllohnstunden und Reallohnverluste bei den Gehaltsanpassungen. Arbeitszeitflexibilisierung und Verschlechterungen bei Pensionsantritt sind nur einige der Gemeinheiten die auf die Kleinverdiener hereinströmen.

In Österreich wurde 2012 erstmalig ein Kollektivvertrag einseitig gekündigt. Die Unternehmensleitung der AUA hat damit tausende Mitarbeiter zu Einbußen bei Gehalt und Sozialleistungen gezwungen. Dies als Vorbild der Kapitalvertreter, stürzten sich die anderen Kollektivpartner von Presse und Metall ebenfalls auf bestehende Verträge, kündigten Kollektivverträge auf. Für die eisenverarbeitenden Beschäftigten konnte zwar eine Gehaltsanpassung errungen werden, aber die gemeinsamen Verhandlungen zu Kollektivverträgen wurde vertraglich abgesetzt.

Die Gemeinschaft und Organisation der großen Metallgewerkschaft wurde mit einem Schlag zerstört. Lohnverhandlungen und Mehrleistungsstunden müssen in jedem Betrieb einzeln geführt werden. Die Position der in Österreich maßgeblichen Gruppe für Lohnsteigerung aller anderen Arbeiter wurde damit stark geschwächt. Das bedeutet für die nächsten Jahre Verschlechterungen bei Bezahlung, Arbeitszeit und Arbeitsbedingung für die gesamte Arbeiterschaft.

Das Datum für den Weltuntergang sollte nicht nach einem Mayakalender vorhergesagt werden, sondern am Umgang mit den Menschen gemessen werden, die in unserem Land ihre Arbeit

bestreiten müssen. Denn für viele Betroffene ist die Heranführung an die Armutsgrenze, die Mehrverschuldung durch Lohnneinbußen und Arbeitsbedingungen, die krank machen, gefühlt der Weltuntergang. Dass sich Gewerkschaftsvertreter kniebeugend vor Managern und Bankenbesitzern die erkämpften Errungenschaften wegnehmen lassen, ist unentschuldig. Es wird doch nicht auch in diesen Bereichen Korruption und Ahnungslosigkeit vorherrschen? Oder sind Politik, Partei und Gewerkschaft zu sehr verbandelt?

In Regionen, wo Arbeitsplätze unter einen harten Konkurrenzkampf stehen wirkt sich eine Aushöhlung der bestehenden Verträge drastisch aus. Etwa der Standort Mürzzuschlag mit eisenverarbeitenden Betrieben ist umstritten und von Nachteilen betroffen, die selbst die besten Mitarbeiter nicht ausgleichen können. Künftig werden hier Belegschaftsvertreter zu Bittstellern degradiert und müssen sich mit großen Betrieben in den anderen Bundesländern konkurrenzieren. Kollektivverträge, die für alle gelten, haben bisher unterbunden, dass es zu Nachteilen und Gehaltskämpfen unter den Arbeitern selbst kommt. Dies hat sich zum Schlechteren geändert. Für die Millionäre im Land hat damit die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter begonnen, der Gegenpol Gewerkschaft hat Kraft und Gesicht verloren. Vielleicht gelingt mit vereinten Kräften ein Gegensteuern. Die Gewerkschaftsbosse werden von sich diesen Wunsch nicht erfüllen. Gemeinsam können wir diese Kraftprobe bestehen, dazu ist aber jeder aufgefordert seinen Teil beizutragen.

**Kürzungen bei Wohnbau und Bildung
Feldzug gegen steirische Familien**



Die groben Kürzungen der Landesregierung im Bildungs- und Wohnbaubereich sind ein schwerer Schlag für die steirischen Familien.



Der Protest mit Franz-Hermann, dem Sparschwein: Immer mehr Menschen empören sich gegen die Belastungspolitik der Landesregierung.

Eine Folge der Millionen-Kürzungen im Bereich des Wohnbaus und der Revitalisierungen ist die Verknappung von erschwinglichem Wohnraum. Die Folge sind steigende Mieten und Wohnungsnot. Vor allem junge Familien haben immer größere Probleme, eine Wohnung zu finden, da die Einkommen mit dem wachsenden Druck durch Teuerung und steigende Gebühren nicht Schritt halten.

Äußerst kurzsichtig sind auch die Kürzungen im Bildungs-, Jugend- und Familienressort. Die Einsparung von 23 Millionen Euro wird negative Folgen haben, deren Folgekosten weit über diesem Betrag liegen, warnt Klimt-Weithaler: „Es gibt

kein Bildungskonzept, die gesamte Familien- und Bildungspolitik wird ausschließlich nach Kostenkriterien gestaltet“.

Klimt-Weithaler: „Erneut wird ein Kürzungspaket auf dem Rücken der Familien geschnürt, der nächste Kahlschlag erfolgt im Bereich der Bildung und beim Wohnbau. Geld ist genug vorhanden. Es liegt an der herrschenden Politik zu entscheiden, ob damit ein gutes Bildungssystem und leistbare Wohnungen finanziert werden oder ob die Umverteilung zu den Banken und zu den oberen 10.000 fortgeführt wird.“



TATORT Arbeitsplatz

Beratung in Fragen von ARBEIT und BERUF

Termine unter Tel. **0660 / 1426 080**
E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK
STEIERMARK IM OGB

Pflege: Abkassieren bei Angehörigen

„Vergleich“ NICHT unterschreiben!

Seit dem Vorjahr gibt es in der Steiermark als einzigem Bundesland in Österreich wieder eine Kostenrückforderung (Regress) für Angehörige von Pflegeheimbewohnern und Mindestsicherungsbeziehern – wieder eingeführt von SPÖ und ÖVP.

Regress heißt: Eltern und Kinder von Menschen, die im Pflegeheim leben und deren Pension und Pflegegeld für die Heimkosten nicht ausreichen oder von Menschen, die eine Mindestsicherung (früher Sozialhilfe) beziehen, werden vom Magistrat Graz aufgefordert, für ihre Angehörigen einen sogenannten „Rückersatz“ zu leisten.

Zahlen schon ab 1.286 Euro Einkommen

Dieser Rückersatz wird ab

einem Nettoeinkommen von 1500 Euro verlangt, wobei bei der Berechnung das Urlaubs- und Weihnachtsgeld mit einbezogen werden (gerechnet wird also Nettoeinkommen mal 14 dividiert durch 12). Das bedeutet, dass bereits ab einem Monatseinkommen von € 1286,- Rückersatz verlangt wird. Dabei zahlen Eltern zwischen 9 % und 15 % und Kinder zwischen 4 % und 10 % von ihren Nettoeinkünften – nach Einkommenshöhe gestaffelt.

Ungleichbehandlung

Weder Gesetz noch Durchführungsverordnung sehen eine jährliche Valorisierung vor. Abgesehen davon wird auch keinerlei Rücksicht auf Unterhaltungspflichten von Rückzahlungspflichtigen genommen. Das bedeutet, dass ein Ehepaar, bei dem sowohl die Frau als auch der Mann € 1400,- an Pension beziehen, also ein



© Herby (Herbert) Me - Fotolia.com

Vielen älteren Menschen geht es nicht so gut. Die überhöhten Kosten für ihre Pflege werden bei ihren Kindern abkassiert.

Gesamteinkommen von € 2800,- haben, keinen Rückersatz für ihre Tochter bezahlen muss, wenn diese Mindestsicherung bezieht. Ein Mann, der € 1500,- an Pension bezieht und für seine Ehefrau, die kein eigenes Einkommen hat, unterhaltspflichtig ist, zahlt dagegen sehr wohl, und zwar € 135,- pro Monat.

Auch wenn jemand Unterhaltspflichten gegenüber Kindern hat, vermindern diese die Rückersatzpflicht für die Pflegeheimkosten seiner Mutter nicht.

Rechtsmittel der Berufung und in weiterer Folge eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof möglich!

Es gibt derzeit einige Betroffene, die sich gegen diese Ungleichbehandlung wehren und sowohl Berufungen als auch Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof einbringen. Informationen darüber und die Vermittlung von Kontakten mit anderen Betroffenen erhalten Sie bei:

Landesregierung hält stur an Pflegeregress fest Klimt-Weithaler: „Unverhältnismäßige Belastung Einzelner“

Der Unabhängige Verwaltungssenat (UVS) forderte die Streichung der Bestimmung über den Regress: Das unrechtmäßige Abkassieren bei Verwandten von Sozialleistungsempfängern.



Claudia Klimt-Weithaler

Die Landesregierung lehnte eine Gesetzesänderung ab, nun geht die Sache vors Höchstgericht.

Die KPÖ hatte schon im April 2012 die Abschaffung der vom UVS als verfassungswidrig eingestuften Regelung liegt dem Landtag gefordert, der Antrag wurde bislang nicht behandelt. Die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder wies selbst darauf hin, dass durch den Regress

nur ein minimaler Teil (weniger als 2 Prozent) der Pflegekosten finanziert werde, und sprach wörtlich von einer „pädagogischen Maßnahme“.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler ist empört, dass sich die Regierung weigert, das Gesetz im Interesse der Angehörigen pflegebedürftiger Personen zu ändern: „Das Budget wird durch den Regress, den es in dieser Form nur in der Steiermark gibt, nicht entlastet. Für die von den Zahlungen Betroffenen stellt die Regelung aber oft eine unverhältnismäßige Belastung dar.“

Bescheid verlangen !

Die Behörden schicken nun teilweise Briefe an die Rückersatzpflichtigen aus und fordern diese auf, einen beiliegenden Vergleich zu unterschreiben. **ACHTUNG:** Unterschreiben Sie keinen Vergleich, bestehen Sie auf einem schriftlichen Bescheid – denn nur gegen einen Bescheid ist das



DSA Karin Gruber
Herrengasse 16, 8010 Graz
Tel. 0316 / 877 - 5101, E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at

REGRESS IN DER STEIERMARK

Die Praxis, soziale Hilfgelder bei den Angehörigen der Empfänger „zurückzuholen“, wurde seit dem vorigen Jahrhundert in der Steiermark – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – ausgeübt. Knapp vor der letzten Landtagswahl 2010 wurde er abgeschafft um nach der

Wahl als „Sparmaßnahme“ fröhliche Urständ zu feiern. Namhafte Rechtswissenschaftler bezweifeln allerdings die Rechtmäßigkeit der Vorgangsweise des Landes und kämpfen darum, dass abkassierte Personen das Geld zurückbekommen.

Das kleine Glücksspiel: Der Weg ins Unglück!



Stopp Kleines Glücksspiel Bürgerinitiative

Die Bürgerinitiative www.stop-kleines-gluecksspiel.at fordert die Abschaffung des kleinen Glücksspiels in Österreich.

In Österreich gibt es laut Schätzungen über 300.000 Spielsüchtige. Seit vielen Jahren werden die Landesverordnungen, in denen das sogenannte „kleine Glücksspiel“ geregelt ist, umgangen. Spieler können in einer Stunde tausende Euro verzoeken. Das ist nicht „klein“. Das ist organisierte Abzocke.

Politiker bzw. Parteien, die dafür verantwortlich sind, stehen oft in einem Naheverhältnis zur Novomatic AG (Admiral, HTM GesmbH, usw.). Ich fordere die Bundesparteien sowie die Landesorganisationen der ÖVP und der SPÖ auf, ihre direkten und indirekten Spenden von Novomatic der letzten 20 Jahre offen zu legen. Der Bürger hat ein Recht darauf zu erfahren, wie viele Millionen da geflossen sind. Die ÖVP und die SPÖ sollten einmal über die Bedeutung



Anlässlich der Eröffnung von vier neuen Spielhöhlen in Graz veranstaltete die KPÖ eine Protestaktion.

von Christ- bzw. Sozialdemokratie nachdenken. Gewählte Mandatäre und Funktionäre sind dazu da, dem Volk zu dienen und nicht einzelnen Großkonzernen, die dann noch ihre Gesetze selber schreiben. Auch muss endlich ein eigener Untersuchungsausschuss zur Causa Novomatic im Parlament eingesetzt werden. Die Justiz hat diesbezüglich bis heute kläglich versagt. Das Weisungsrecht des Justizministers sollte dem Parlament übertragen werden.

Das das 2010 beschlossene Glücksspielgesetz ist das Papier nicht wert auf dem es geschrieben steht. Dieses Gesetz wurde zum reinen Vorteil der Spielschutz gleich null!

Spielsüchtige können sich bei der Bürgerinitiative melden. Wir helfen Ihnen, Ihren finanziellen Verlust geltend zu machen. Spielsüchtige brauchen sich nicht zu schämen oder zu verstecken. Spielsucht ist eine Krankheit! Oft trifft der finanzielle Ruin ganze Familien. Haben Sie den Mut und wehren Sie sich endlich, nur so können wir etwas verändern.

KONTAKT:
Tel. 0660 435 68 63
E-Mail: guntherwanker@live.de
guntherwanker@stop-kleines-gluecksspiel.at

www.stop-kleines-gluecksspiel.at
Für den Inhalt dieses Artikels verantwortlich: Günther Wanker

www.hilfsverein.at/
www.automaten-klage.at

KRIMI IN DER WELT DES GLÜCKSSPIELS Der Bestseller

Der steirische Autor M.C. Lachmann hat einen Krimi veröffentlicht, der sich mit dem Problem Spielsucht beschäftigt. Die Idee ist Lachmann vor vielen Jahren gekommen, als er am Grab eines Freundes stand, der sich in Folge seiner Spielsucht das Leben genommen hatte. Er begann seine Recherchen in diversen

Spielsalons – um sich selbst ein Bild zu machen. Um mit Spielern ins Gespräch zu kommen begann er mit dem Spielen und verfiel selbst der Spielsucht. Die Folgen: 35.000 Euro Verlust, Scheidung und Jobverlust. Als M. C. Lachmann 2007 seine große Liebe kennenlernte, hörte er mit dem Spielen auf schrieb den nun



vorliegenden Krimi. Das Buch erschien im Juni 2012. Erhältlich im Buchhandel und in Grazer Trafiken. **Bestellung um 14,90 Euro auf der Webseite www.derbestseller.at**

Spielsucht: Land muss endlich handeln!

Trotz dramatischer Missstände berufen Regierungsparteien Glücksspiel-Ausschuss nicht ein

In einer Pressekonferenz gaben der steirische Autor M.C. Lachmann und KPÖ-Labg. Claudia Klimt-Weithaler, einen Überblick über die Situation der von Spielsucht betroffenen Menschen in unserem Bundesland.

Obwohl seit 2007 dem Land bestürzende Zahlen zur Spielsuchtproblematik vorliegen, wurden weder beim Jugendschutz, noch beim Vollzug der geltenden Gesetze zum Schutz der Spielsüchtigen Fortschritte erzielt. Im Gegenteil: Während immer mehr Menschen ihre Existenz mit beim „Kleinen Glücksspiel“ vernichten, versuchen SPÖ und ÖVP, ihre eigene Verantwortung im Land herunterzuspielen.

Trotz zahlreicher Initiativen von der KPÖ bis hin zu Parteitagebeschlüssen der SPÖ in der Steiermark und auf Bundesebene wurde bis heute nicht einmal der Glücksspiel-Unterausschuss des Landtages einberufen.

Der Krimiautor M.C. Lachmann, ein Kenner

der Glücksspielszene, schilderte, wie leicht es den Glücksspielfirmen gemacht wird, auf Kosten von Spielsüchtigen Milliardenumsätze zu erzielen: „Ich habe selbst gesehen, dass Menschen in 30 Minuten 5000 Euro verspielt haben. Mit ‚Kleinem Glücksspiel‘ hat das nichts mehr zu tun. Das Gesetz sieht eigentlich einen Höchsteinsatz von 50 Cent pro Spiel vor.“

Klimt-Weithaler: „Wir fordern SPÖ und ÖVP auf, endlich ihre Verantwortung wahrzunehmen und den Glücksspielausschuss einzuberufen. Das Land hat selbst einen Bericht in Auftrag gegeben, in dem von 60.000 bis 80.000 direkt und indirekt Betroffenen in der Steiermark die Rede ist. Das sind alarmierende Zahlen, das Land müsste sofort handeln. Die Steiermark hat die Möglichkeit, keine Lizenzen zu vergeben und den Spuk durch eine Überwachung der Einhaltung der Gesetz zu beenden. Offenbar besteht daran aber kein Interesse.“



Bezirks- und Gemeindefusionen: Risiken sind zu groß

Die KPÖ Steiermark lehnt alle konkret vorliegenden bzw. im Raum stehenden Fusionspläne ab, da sie allesamt für die Bevölkerung wenig Vorteile, aber sehr viele Risiken beinhalten.

Außerdem muss man eine Fusion ohne vorherige verbindliche Einbeziehung der Bevölkerung als undemokratisch ablehnen. Die sogenannte Gemeindefusionsreform ist kein Projekt zur Belebung der Kommunen, sondern dient nur dazu, Budgetkürzungen durchzuführen.

Auf die Bedürfnisse der Bevölkerung wird nicht geachtet, nur auf jene der Regierungsparteien. Die im Vorfeld der Fusionen gemachten Versprechungen halten der Wirklichkeit nicht stand: Weder wird

es unterm Strich mehr Geld für die Gemeinden geben, und wenn, dann nur durch radikale Ausverkaufs-, Kündigungs-, und sonstige Maßnahmen. Noch wird die Gemeindefusion allein eine Belebung des Tourismus, der Wirtschaft oder des Handels bringen. Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang genannt werden, könnten mittels Gemeindekooperationen schneller und unbürokratischer ablaufen.

Konkret droht bei Fusionen die Ausdünnung der Randgebiete, aber vor allem auch die Privatisierung oder Ausgliederung von öffentlichem Eigentum, etwa der Gemeindefunktionen. Es drohen auch massive Gebührenerhöhungen: Oder glaubt jemand, man wird sich bei einer Zusammenlegung an der günstigeren Gebührenvariante orientieren?

Auf jedem Fall wird es durch Zusammenlegung der Gemeinderäte weniger Demokratie und

Teilnahme am Gemeindeleben geben. Dass die Landesregierung notfalls Zwangsfusionen anordnen will, ist eine gefährliche Drohung. Und nicht zuletzt

kostet die umstrittene aber angeblich notwendige „Externe Projektbegleitung“ mehrere hunderttausend Euro – nur für die Vorbereitung einer Fusion.

Was der Landeshauptmann verschweigt:

Wussten Sie, dass...

... in Kärnten etliche Gemeindefusionen zurückgenommen werden mussten, da sie sich als kostspielig oder nachteilig für die Bewohner erwiesen haben?

... allein für die Fusionsgespräche zwischen Bruck und Kapfenberg bislang schon 240.000 Euro für externe Beraterfirmen budgetiert werden mussten?

... obwohl seit vielen Monaten verhandelt wird, mehrere Fusionen schon fix sind, über den Stand der Verhandlungen mangelhaft berichtet wird? Transparenz sieht anders aus!

... es seit Jahren gut funktionierende Gemeindekooperationen in vielen Bereichen gibt, in deren Aufbau einst viel Energie und Geld investiert wurde? Warum wirft man das jetzt über Bord und geht mit der Fusion ein Risiko ein?

... der Finanzausgleich, von dem sich SPÖ und ÖVP Mehreinnahmen für die Gemeinden erhoffen, im Jahr 2014 ausläuft? Dann muss ohnehin neu verhandelt werden. Unterm Strich ist zu befürchten, dass auch der Bund „spart“ und weniger Geld für die Gemeinden locker macht als bisher.



© Jürgen Priewe / Fotolia.com

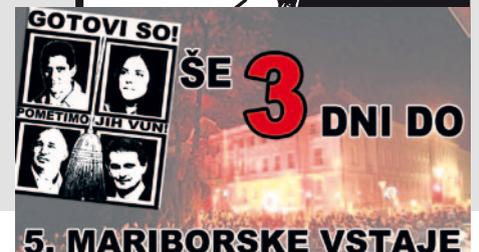
Kahlschlag bei der Infrastruktur: Die Landesregierung plant die Neugruppierung der Steiermark anhand der Interessen von Handelskonzernen. Die Anliegen der Bevölkerung spielen für Rot-Schwarz keine Rolle mehr. Der Bezirk Knittelfeld wurde schon im Vorjahr mit Judenburg zum Bezirk Murtal wegfusioniert.

Mit 1. Jänner 2013 folgten Mürrzuslag, das zu Bruck kommt, und Fürstenfeld, das dem Bezirk Hartberg zugeschlagen wird. Besonders heikel ist der Fusion von Feldbach und Radkersburg weil sie die Grenzen des jeweiligen Wahlkreises überschreitet. Zumindest die Volksschüler werden sich freuen, dass sie statt 17 nur mehr 13 Bezirke lernen müssen.

GOTOVI STA: (Ihr seid fertig) Steirer proben den Aufstand

Den Menschen in unseren südlichen Nachbarland reicht: Unter dem Motto GOTOF JE haben sie den Rücktritt des Bürgermeisters von Maribor, Franz Kangler erzwungen.

Der Widerstand gegen korrupte Politiker, die nur in die eigene Tasche wirtschaften und eine unerträgliche Teuerung zulassen geht im neuen Jahr weiter.



Voitsberg, Hörgas-Enzenbach, Stolzalpe, Mürzzuschlag, LKH-Graz-West... Kahlschlag bei Krankenhäusern Landesregierung ignoriert Proteste

Gebt bitte auf!

11.586 Unterschriften hat der Betriebsrat des LKH West Gesundheitslandesrätin Edlinger-Ploder am 30.11.2012 überreicht. In der Petition sprechen sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gegen die Privatisierung des zweitgrößten steirischen Spitals aus, die Teil der Kürzungen im Gesundheitsressort ist. KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler, die sich im Landtag sowohl gegen eine Privatisierung des LKH West als auch gegen die widersinnige und kostenintensive Übersiedlung der Geburtsstation Voitsberg nach Graz ausgesprochen hatte, fordert die Landesregierung auf, ihr Vorhaben aufzugeben: „Was mit unseren Spitälern geschieht, stellt einen Eingriff in das öffentliche Gesundheitswesen dar, wie es ihn bisher noch nie gegeben hat. Überall haben die Menschen mit tausenden Unterschriften gezeigt, dass sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind. Die Regierung wäre gut beraten, die Bevölkerung ernst zu nehmen und die Signale zu hören, die sie ausgesendet hat.“

Die Landesregierung sperrt trotz aller Bedenken und Proteste die Geburtsstation am LKH Voitsberg zu. Obwohl die Qualität stimmt und trotz Überlastung am „Ersatzstandort“ Graz, der jetzt für viel Geld ausgebaut werden muss.

Der Regionale Strukturplan Gesundheit – kurz RSG – beinhaltet eine Reihe von Abteilungs- und Krankenhausschließungen, Verlegungen und Zusammenlegungen – alles in allem lässt dieser Plan, was das Gesundheitswesen in der Steiermark betrifft, keinen Stein auf dem anderen. Dabei hatten die so genannten Reformpartner Voves

und Schützenhöfer zu Beginn der neuen Landtagsperiode noch zugesichert, dass alle Spitalsstandorte erhalten bleiben.

Erfolgreiches für Bezirks-Volksbegehren

Davon wollen sie jetzt allerdings nichts mehr wissen. Die Art und Weise, wie die betroffenen Anstaltsleitungen, Beschäftigten, Gemeinden und schlussendlich auch die Bevölkerung informiert wurde, ist einzigartig. In Voitsberg wurde nach unzähligen Protesten und Unterschriftensammlungen auch ein Bezirksvolksbegehren gegen die Schließung der Geburtsstation ins Leben gerufen, über 13.500 Menschen aus dem

Bezirk haben für den Erhalt unterschrieben.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler unterstützte das Volksbegehren. Sie übergab Spitalslandesrätin Edlinger-Ploder darüber hinaus im Juli 2012 zahlreiche von der Bezirks-KPÖ gesammelte Unterschriften für den Erhalt der Geburtsstation.

Es wurde von verschiedenen Seiten aufgezeigt, dass die Kapazität der Frauenklinik Graz bereits jetzt vollkommen ausgeschöpft ist und dass mit der Schließung der Geburtsstation in Voitsberg das Risiko steigt. Eine Erweiterung des Kreißsaalbereiches in Graz wird notwendig. Der Öffentlichkeit liegt ein



Der Betriebsrat des LKH West, das privatisiert werden soll, überreicht Landesrätin Edlinger-Ploder 11.500 Unterschriften gegen den Ausverkauf unserer Spitäler.



2011 wurden Unterschriften für Hörgas-Enzenbach gesammelt. Mittlerweile deckte die KPÖ auf, dass eine Privatisierung dem Stiftungszweck widerspricht.

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

KPÖ

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler





Am 10. Dezember demonstrierten trotz klirrender Kälte hunderte Voitsbergerinnen und Voitsberger in Graz gegen die Schließung ihrer Geburtenstation. Leider hörte die Regierung nicht darauf.

interner Bericht der KAGES vom 09.11.2012 vor, darin ist zu lesen: Ab 21.12.2012 darf das LKH Voitsberg von der Rettung für eine Geburt nicht mehr angefahren werden, auch nicht wenn diese bereits im Gange ist! Auch der in der Tagesklinik anwesende Gynäkologe darf keine Geburt mehr leiten.

Geburt verboten

Wörtlich steht in diesem Dokument: „Im LKH Voitsberg darf nach der Schließung keine Geburt mehr stattfinden. Egal ob eine Patientin selbst unser Krankenhaus aufsucht, oder irrtümlich von der Rettung hierher gebracht wird, sie MUSS an die nächste Gebärklinik weitergeleitet werden, auch wenn die Geburt schon im Gange ist und AUCH wenn eine Komplikation zu erwarten [ist]!“

Die steirische Bevölkerung hat ihren Unmut wegen des Kahlschlags im Gesundheitsbereich vielerorts kundgetan: Rund 40.000 Unterschriften wurden in kurzer Zeit gegen die Schließung von Hörgas-Enzenbach gesammelt



KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler überreichte Spitalslandesrätin Edlinger-Ploder zahlreiche Unterschriften für den Erhalt der Geburtenstation in Voitsberg.

11.500 unterschrieben gegen die Privatisierung des LKH West in Graz. Über 7.000 Unterschriften in wurden auch in Wagna gesammelt und mehr als 13.500 Unterschriften in Voitsberg.

Klimt-Weithaler: „Die Schließung der Geburtenstation in Voitsberg sehe ich als eine der risikoreichsten Entscheidungen überhaupt und zwar für alle Beteiligten: Für die KAGES, für die Mitarbeiter/innen und vor allem für die Patient/innen!“

Lungenheilanstalt: Stiftung von Peter Rosegger

Der bekannte steirische Dichter Peter Rosegger stiftete die Lungenheilanstalt Hörgas-Enzenbach zum Wohl der Allgemeinheit aus seinem Vermögen. Ein Verkauf, wie von der ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder vorgesehen, wäre sicher nicht im Sinne des Stifters. Diese Tatsache deckte KPÖ-LAbg. Werner Murgg auf.

KAGES AUFLÖSEN! Gesundheit zurück zum Land!

Der Landtag, gewählte Vertretung der steirischen Bevölkerung, hat kaum noch Einblick und Mitsprache in der Gesundheitspolitik. Die KPÖ stellte im Landtag den Antrag, die KAGES aufzulösen und die Krankenanstalten wieder in die Landesverwaltung einzugliedern.



KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender KPÖ-LAbg. Werner Murgg: Die Verpfändung der Krankenanstalten verursacht die Kostenexplosion.

Der Antrag wurde erwartungsgemäß von allen anderen Fraktionen abgelehnt. KPÖ-Abg. Werner Murgg: „Entscheidungen der KAGES beruhen oft auf Gutachten externer Beratungsfirmen. Deren Interessen stehen in Konflikt mit den Aufgaben einer öffentlichen Gesundheitsversorgung. So entgleitet der Politik immer mehr die Kontrolle über das Gesundheitswesen, Missstände und Versorgungsmängel werden bagatellisiert oder gelehnet.“

Die KAGES wurde dazu missbraucht, um kurzfristig 1,2 Milliarden Euro zur Deckung des Budgetabgangs zu beschaffen. Mit zwei Anleihen wurde der gesamte Bestand an Gebäuden und Immobilien verpfändet. Es ist ungeklärt, wie die beiden Anleihen getilgt werden sollen. 50 Millionen Euro fallen jährlich an Zinsen an, für die die KAGES eine Sondermiete an die Immobiliengesellschaft entrichten muss. Das verursacht die sogenannte „Kostenexplosion“. „Es ist höchste Zeit, diesen Irrweg aufzugeben und die KAGES wieder in die Hoheitsverwaltung des Landes zurückzuführen.“, so LAbg. Murgg.

GELD FÜR REGIERUNGSPROPAGANDA

Inseratenaffäre auf steirisch

Dafür ist Geld da: 300.000 Euro gibt die steirische Landesregierung für „Medienkooperationen“ mit den beiden größten steirischen Tageszeitungen aus. Das Land zahlt, die Zeitungen schreiben als Gegenleistung freundliche Artikel über die Arbeit der Regierung. Diese Artikel sind aber nicht als Inserate gekennzeichnet, sondern erscheinen als redaktionelle Beiträge.

K PÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Unter dem Vorwand der Information sollen hier die steirischen Massenmedien gleichgeschaltet werden. Dafür wird viel Geld ausgegeben, während im Sozial- und Bildungsbereich angeblich absolut kein Spielraum vorhanden ist.“

Die im Landtag gegen die Stimmen der KPÖ durchgepeitschten Beschlüsse über die sogenannte Medienkooperation beinhalten weitere 80.000 Euro für regionale Medien. Für Leser der Artikel ist kaum erkennbar, dass es sich um gekaufte Werbeinschaltungen handelt.

Gleichzeitig wird im Budget der Umstand verschleiert, dass SPÖ und ÖVP zusätzlich zu den im Budget aufscheinenden Mitteln 380.000 Euro für Eigenwerbung ausgeben, weil das Geld als Förderung bezeichnet wird.

Im Landtag verweigerte Landeshauptmann Voves im September jegliche Auskunft über die Vereinbarung mit den beiden Tageszeitungen. Dafür stellte er die Behauptung auf, dass Regierungsmitglieder nicht namentlich genannt werden. Das Gegenteil ist der Fall, wie ein Blick auf die Artikelserie beweist.

- 2) Der Kleinen Zeitung GmbH & Co KG, Schönaugasse 64, 8010 Graz, wird für das Projekt „Schüler machen Zeitung“ ein Förderungsbetrag in Höhe von € 150.000 bei der VSt. apl. 1/021995-7430 „Reformprozess Steiermark – Medienkooperation, Beiträge“ zur Verfügung gestellt.
- 3) Der Krone-Verlag GmbH. & Co. KG, Muthgasse 2, 1190 Wien bzw. KOOP Live-Marketing GmbH & Co KG, Weinholdstraße 20, 8010 Graz, wird für das Projekt „Reformpioniere“ ein Förderungsbetrag in Höhe von € 150.000 bei der VSt. apl. 1/021995-7430 „Reformprozess Steiermark – Medienkooperation, Beiträge“ zur Verfügung gestellt.
- 4) Für diverse weitere begleitende Kommunikationsmaßnahmen wird ein Betrag in Höhe von € 80.000,00 bei der VSt. 1/021959-7281 „Öffentlichkeitsarbeit“ bereitgestellt.
- 5) Die Bedeckung erfolgt durch gesonderten RSA der FA4A.

Der Landeshauptmann
(Mag. Franz VOVES)

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter
(Hermann SCHÜTZENHÖFER)

Wo bleibt da das „Sparen“? 300.000 Euro (die restlichen 80.000 gehen an regionale Zeitungen) Euro zahlt Rot-Schwarz im Land an die großen Tageszeitungen für freundliche Berichterstattung. Geld ist eben eine bewährte Methode, kritische Berichterstattung zum Schweigen zu bringen.

Presserat verurteilt getarnte Inserate

Der Senat 1 des Presserates hat der Praxis der steirischen Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP, PR-Artikel für die so genannte „Reformpartnerschaft“ zu finanzieren, die nicht klar als bezahlte Einschaltungen erkennbar sind, eine klare Abfuhr erteilt. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler fordert die Regierung auf, künftig auf solche „Förderungen“ zu verzichten und den auf diese Weise investierten Betrag von 380.000 Euro der Jugendwohlfahrt zur Verfügung zu stellen.



Korruptionsweltmeister

Im Zuge des Eurofighter-Kaufes sind dutzende Millionen an Schmiergeldern geflossen, um dem Österreichern diese Beteiligung an einem EU-Rüstungsprojekt schmackhaft zu machen.

Was man verschämt „Gegengeschäfte“ nennt, ist nichts anderes als die Umverteilung von Geld an Großkonzerne und Politiker.



grafik: facebook

Slowenien für Linksabbieger Ein Diavortrag von Ernest Kaltenegger

Bei Streifzügen durch unser südliches Nachbarland trifft man immer wieder auf freundliche Menschen, Orte und Städte mit alter Geschichte, beeindruckende Landschaften sowie auch Spuren eines heroischen Widerstandes gegen die Nazi-Okkupation. Der Reisebericht von Ernest Kaltenegger möchte Lust machen, selbst einmal Slowenien abseits der Autobahn Richtung Adria oder bekannter Touristenzentren kennenzulernen.



Fr, 1. Februar, 19.00 Uhr
Dorfwirt Gölles, Flöcking
(nahe Gleisdorf)



Tel. 0316 / 71 24 79
www.kpoe-steiermark.at

Schlagzeilen österreichischer Medien über Elke Kahr:

„Die dunkelrote »Sonny«“, Ganze Woche, 28. 11. 2012

„Frau Marx macht mobil“, News, 29. 11. 2012

„Der rote Engel“, Kronenzeitung, 1. 12. 2012

„Die rote Rebellin von Graz“, Österreich, 1. 12. 2012

„Politiker sollten nicht mehr verdienen als Arbeiter“, Ganze Woche, 5. 12. 2012

„Darf man Kommunisten wählen? Nein, darf man nicht.“ Christian Rainer, profil 2. 12. 2012

„Roter Wolf im Schafspelz“, Steirische Wirtschaft, 7. 12. 2012

„Entschuldigt euch gefälligst bei Elke Kahr!“, Michael Reimon, Presse, 6. 12. 2012

Soziales darf nicht untergehen

KPÖ WIRD ZWEITSTÄRKSTE KRAFT IN GRAZ



Die steirische KPÖ hat Grund zur Freude: bei der Grazer Gemeinderatswahl wurde die KPÖ mit ihrer Stadträtin Elke Kahr zur zweitstärksten Kraft in der steirischen Landeshauptstadt. Im Bild v.l.n.r.: Claudia Klimt-Weithaler, Elke Kahr, Ernest Kaltenegger.

**Unser Leben
ist mehr wert
als eure
Profite**

Nützlich für die Menschen. Die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr ist plötzlich über Österreich hinaus bekannt. Der sensationelle Wahlerfolg der KPÖ in Graz (von 11,2 auf 19,9 Prozent) hat sich herumgesprochen. Die KPÖ wurde damit zweitstärkste Kraft in Graz. Elke Kahr hat Anspruch auf die Funktion der Vizebürgermeisterin – falls sich die Wahlverlierer nicht etwas anderes auspackeln.

Die KPÖ hat bei dieser Wahl trotz Verkleinerung des Gemeinderates 10 statt 6 Mandate erringen können. Bei den Bezirkswahlen in den 17 Grazer Stadtbezirken errang die KPÖ 29 Mandate.

Glaubwürdigkeit

Elke Kahr ist eine Politikerin, die die Sorgen und Nöte der Menschen, die sie im Stadtrat vertritt, kennt. Von ihrem Einkommen als Stadträtin behält sie nur 1.800 Euro, der Großteil des Politeinkommens wird für Nothilfe verwendet. Sie setzt sich in ihrem Ressort als Wohnungstadträtin besonders dafür ein, dass das Wohnen leistbar bleibt.

Durch Sanierung und Neubau städtischer Wohnungen und das Eintreten für Mieterrechte soll das Leben erschwinglich bleiben.

Teuerung stoppen

Ein weiteres wichtiges Thema der Wahl war die Eindämmung der Teuerung: Hier müssen endlich Maßnahmen gesetzt werden, damit man mit dem Einkommen wieder Auskommen kann.



Der uHuDLA, Österreichs älteste und rebellischste Straßenzzeitung, berichtet ausführlich. Bestellungen, insbesondere von Exemplaren zum Weiterverkauf unter **Tel. 0650 331 71 30**

SCHWEIZER BANK: Österreicher haben viel weniger Geld als vor 10 Jahren

Das verfügbare Einkommen der Österreicher, also jenes Geld, das nicht fürs tägliche Leben aufgeht, ist in 10 Jahren seit der Euro-Einführung zwischen 20 und 35% gesunken. Das hat die Schweizer Großbank UBS in einer Studie festgestellt. Während in vielgeschmähten Krisenländern wie Spanien oder Griechenland das real verfügbare Einkommen gewachsen ist, stellt die UBS fest: „Österreich sieht alarmierend schwach aus.“



Glaubwürdigkeit
kann man wählen

KPÖ

Richard Zach – Lehrer, Dichter, Kommunist

Vor 70 Jahren, am 27. Jänner 1943, wurde der Grazer Lehrer und Dichter Richard Zach in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Die Nazis hatten ihn zum Tode verurteilt, weil er Widerstand gegen ihr Unrechtsregime geleistet hatte. Richard Zach war Kommunist.

Zach (geboren 1919) war der zweite Sohn einer steirischen Arbeiterfamilie, die Mutter war sozialdemokratisch eingestellt und der Vater, ein Fassbinder, gewerkschaftlich orientiert. Von 1926 bis 1930 besucht Richard Zach die Volksschule und dann vier Jahre die Hauptschule in Graz. Spätere Kontakte und Freundschaften zu älteren Studienkollegen und Freunden, wie dem Jungkommunisten Josef Martin Presterl und dem ehemaligen sozialistischen Mittelschüler Adolf Strohmaier, führten 1935, bald nach seinem Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt, zur Gründung einer Gruppe um Richard Zach.

Mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich wurde neben der Bildungs- und Schulungsarbeit vor allem Informations- und Agitationstätigkeit geleistet. Die Gruppe umfasst in der NS-Zeit bis zu 50 junge Menschen, die in Kleingruppen, Zellen, organisiert sind. Sie verfasste Flugschriften und druckte und verteilte vor großen Grazer Industriebetrieben Streuzettel mit dem Hammer&Sichel-Emblem, die Zeitung „Der rote Stoßtrup“ sowie Schulungsschriften.

Am 31. Oktober 1941 wurde Zach festgenommen und im Grazer Polizeigefängnis arretiert. Als am 17. Dezember 1941. 1942 wurde er wegen „Hochverrat“ und „dem Versuch der Lostrennung eines zum Reiche gehörigen Gebietes“ zum Tode verurteilt und 1943 in Berlin-Brandenburg hingerichtet. Während seiner Haft entstanden rund 200 Gedichte, die Verwandte und Bekannte in die Außenwelt schmuggelten.

Dass Richard Zach heute

nicht vergessen ist, ist seinem Bruder und seinen Freunden und ehemaligen Mitstreitern zu verdanken, die auch seine Schriften sichergestellt haben. Bereits 1945 brachte der Grazer Parteiverlag (Grazer Volksverlag) die ersten Gedichte von ihm in einer Anthologie („Bekenntnisse zu Österreich. Moderne Arbeiterlyrik“) heraus. 1993 erschien im Verlag Bibliothek der Provinz der Gedichtband „Die schönen Worte fallen welk und fremd“ der zahlreiche Kassibertexte von Richard Zach enthält.

Gedenken

Richard Zachs Name befindet sich am Internationalen Mahnmal auf dem Grazer Zentralfriedhof ebenso wie auf einer Gedenktafel im Stiegenhaus der



Richard Zach

ehemaligen Lehrerbildungsanstalt (heute: Pädagogische Akademie) am Hasnerplatz in Graz. Im Jahre 1977 wurde das Kinderland-Heim in St. Radegund nach Richard Zach benannt, und ein kurzes Straßenstück in Graz-Andritz heißt heute Richard-Zach-Gasse.



Richard Zach

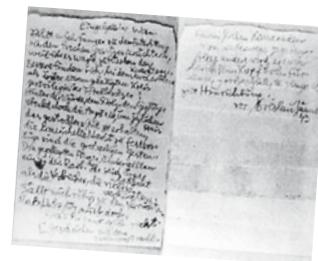
Morgen wird der Richter sprechen

Morgen wird der Richter sprechen.
Soll ich leben, muss ich sterben.
Hochverrat heißt mein Verbrechen.
Wollte nur mein Recht erwerben.

Morgen werden sie verkünden,
welches Unrecht ich begangen,
leicht ertrag ich meine „Sünden“.
Wollte nur mehr Brot erlangen.

Morgen werde ich wohl hören
ihrer Weisheit letzten Schluss.
Und der Staatsanwalt wird schwören,
dass man mich vernichten muss.

Morgen werd ich ihnen sagen:
Mögen mich zu Tode schinden,
können zehnmal mich erschlagen, –
werde trotzdem nicht verschwinden.



Viele seiner Gedichte schrieb Richard Zach in der Todeszelle. Sie wurden auf Kassibern hinausgeschmuggelt.

Richard Zach: „Streut die Asche in den Wind“. Österreichische Literatur im Widerstand. Ausgewählte Gedichte. Herausgegeben und eingeleitet von Christian Hawle, Stuttgart 1988, Seite 246.

DREI FRAGEN AN REINHARD P. GRUBER

Einfach essen



Dieses Buch ist bereits 2010 erschienen. Es hat aber an Bedeutung gewonnen. Das zeigt sich daran, dass heuer bereits die 3. Auflage in Druck gegangen ist. Reinhard P. Gruber hat mit „Einfach essen“ nämlich ein Kochbuch für die harten Zeiten geschrieben.

Und er sagt den Leuten, denen es nicht so gut geht, vor allem eines: Sie müssen sich nicht schämen, wenn sie ein Butterbrot, eine Würstsemmel oder ein Erdäpfelgulasch essen.

Gutes Essen muss nicht teuer sein. Aber seine Zutaten müssen echt sein: „In Wahrheit essen die Nichthabenden mit weit größerer Würde als die Reichen“.

Reinhard P. Gruber ist ein (witz- und kenntnisreicher) Prediger des guten und einfachen Essens. Deshalb hasst er den Lebensmittlersatz, den uns die Industrie anbietet. Er ist für den Würstelstand und

gegen Fast Food: „Ein Huhn, das in seinem Gefängnis darauf wartet, geschlachtet zu werden, muss ich nicht haben“. Und er hofft: „Die Sinnlichkeit wird uns auch die Fress-Industrie nicht vertreiben“.

Das Kochbuch für die harten Zeiten sollte uns auch daran erinnern, dass die Auseinandersetzung zwischen Arm und

Reich nicht mit Statistiken gewonnen wird, sondern dann, wenn unsere Ideen die Massen ergreifen. Deshalb ist ihm eine noch größere Verbreitung zu wünschen.

F. St. Parteder
Reinhard P. Gruber
Einfach essen!
Kochbuch für die harten Zeiten
Graz, Literaturverlag Droschl
3. Auflage 2012

Stadtblatt: „Einfach essen“ ist ein Kochbuch für die harten Zeiten. Was bedeutet der Begriff „Harte Zeiten“ für Sie?

R. P. Gruber: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Das bedeutet härtere Zeiten für immer mehr Menschen. Gleichzeitig sieht man im Kochfernsehen – das ich mir oft anschau – meistens nur, was die Reichen essen – von Meeresfrüchten angefangen. Ich kenne aber immer mehr Leute, die sich das nicht mehr leisten können. Deshalb habe ich dieses Buch geschrieben.

Stadtblatt: Die wirklich Armen



Reinhard Peter Gruber

in unserem Land essen aber sehr oft schädliche Billig-Ware.

Ich sehe das auch als Problem. Das Billigste ist heute schon gesundheitsschädigend, wenn man weiß, welche Stoffe da drinnen sind. Dagegen wende ich mich mit diesem Kochbuch. Die Leute sollten wieder zu den Grundnahrungsmitteln greifen: Mehl, Nudeln, Erdäpfel, Gewürze. Und sie sollten die Speisen selbst herstellen. Das ist nicht teuer. Und der Vorgang des Kochens selbst ist etwas ganz Wichtiges.

Stadtblatt: Das Buch kann auch als Anklage gegen die Lebensmittelkon-

TEXTPROBE:

ERDÄPFEL KOCHEN

„Das überwürzte Zeug, haltbar gemacht, zum Schnellgericht verzerrt, das ist kein Lebensmittel, das ist bloße Kalorienzufuhr. Genausogut könnte man puren Zucker schlucken oder pures Fett.“

Aber noch stehen in unseren Geschäften und Supermärkten Grundnahrungsmittel pur. Die Kartoffel beispielsweise; der Erdapfel; die Grundbirne. Sogar in verschiedenen Sorten. Koche einmal einen Topf Erdäpfel in purem Wasser, so etwa 20–25 Minuten lang, dann schütte das Wasser weg. Noch heiß, schäle einen Erdapfel mit den bloßen Fingern. Die Schale kann man spüren in den Fingern. Den geschälten Erdapfel kann man riechen, den dampfenden. Dann hineinbeißen und mampfen. Vielleicht ein bisschen salzen. Das kann der Beginn einer neuen Beziehung sein. Die Beziehung zum Erdapfel ist ausbaubar, fast unendlich. Der Erdapfel kann einen als Genussmittel das ganze Leben lang begleiten. Alles kann man mit ihm machen, nur roh kann man ihn nicht essen.“

zerne gelesen werden. Was kann man gegen diese Riesenunternehmen machen?

Der einzige Weg, der uns zur Verfügung steht, ist die Information. Wer sind die Großhersteller von Lebensmitteln? Welche Konzerne haben sich den Markt aufgeteilt? Es ist viel wert, wenn man beim Einkaufen überlegt, welche Apfelsorte oder welches Brot ich esse. Soweit es geht, mache ich einen großen Bogen um die Großherzeuger. Da gehe ich garantiert nicht hin.

Die Werbung der Nahrungsmittelindustrie ist aber eine furchtbare Gefahr. Die Menschen werden abgelenkt und davon abgehalten, zum Natürlichen und Echten zu greifen.

Vom Grazer Wahlkampf nach Kuba – und zurück

Am Samstag Vormittag Intensivwahlkampf am Infotisch am Grazer Lendplatz, einen Tag und einen Transatlantikflug später am Flughafen Jose Marti in Havanna, und knapp 10 Tage später wieder zurück in Wien – es geht auch gemüthlicher, ganz ohne Zweifel! Warum diese Hast?

Erster Höhepunkt war einmal ganz ohne Zweifel die vereinbarte SMS unmittelbar nach Ankunft in Havanna: 20% der Stimmen, 2. Platz, ein Stadtrat! Unglaublich! Die Meinungen vom Lendplatz haben sich also bewährt: ‚Brauchst mir nichts geben: Ich wähl‘ euch sowieso!‘

Auf jeden Fall ein ausgezeichnete Beginn für einen kurzen

Aufenthalt auf der ‚Zuckerinsel‘: Seit schon sieben Jahren findet in der letzten Novemberwoche eine internationale Konferenz ‚Für die Freiheit der fünf Kubaner und gegen den Terrorismus‘ statt – und solche Veranstaltungen lassen sich genauso wenig verschieben wie Wahltermine.

Im September 1998, vor mehr als 14 Jahren, wurden unter dem Vorwurf der Spionage in Miami 5 Kubaner vom FBI verhaftet; die spätere Anklage lautete auf ‚Konspiration‘, alles andere war juristisch unhaltbar: Die Fünf waren Mitglieder antikubanischer Terrorgruppen in Florida. Diese



Dass trotz der Zerstörungen die Konferenz durchgeführt werden konnte, war eine organisatorische Spitzenleistung.

Mehr als 30 Teilnehmer aus über 40 Ländern haben sich so auch heuer getroffen, um gemeinsam mit Angehörigen der Fünf – zwei ihrer Frauen haben noch niemals eine Besuchserlaubnis erhalten,

wegen ‚Gefährdung der Sicherheit der USA‘ – und auch hochrangigen Regierungsvertretern den Appell an Barack Obama zu verstärken, seine Möglichkeiten nach seiner Wiederwahl zur Beendigung dieses ‚Justizirrtums‘ zu nutzen.

Um einen Akt der praktischen Solidarität mit den Opfern des Hurrikans zu setzen, wurden diesmal Arbeitseinsätze bei Hilfsbrigaden zur Behebung von Hurrikanschäden durchgeführt. Realistisch betrachtet eine eher symbolische Hilfe, aber mit viel Emotion, Eifer und Einsatz.

Nach nur wenigen Stunden wieder in Havanna geht's zurück nach Wien – dienstliche Verpflichtungen lassen sich nicht verschieben, und die österreichische Realität hat mich wieder: Ich bekomme den eigenartigen Ratschlag zu lesen, dass eigentlich auch Grazer keine Stimme für die KPÖ abgeben dürfen, unter anderem wegen Kuba! Offenbar weil sich die Kubaner beharrlich weigern, sich von der Regierung der USA Vorschriften für die Gestaltung ihres Gesellschaftssystems machen zu lassen. Eine derartige ‚Änderung der Verhältnisse auf Kuba‘ ist das Ziel der schon 51 Jahre dauernden völkerrechtswidrigen Blockade, deren aggressivster Teil die mit der Mafia verbundenen antikubanischen Terroristen in Florida sind. Sich dagegen zu wehren ist für maßgebliche Teile der österreichischen Medien ein Grund – wofür? Ja, vernünftigerweise wohl eigentlich nur: KPÖ zu wählen!

Hans Mikosch, Chemiker an der TU Wien, Profesor Invitado der Universidad de La Habana

Gruppen führen dort ganz legal Maßnahmen aller Art gegen das nur einige dutzend Kilometer entfernte Kuba durch. Aber die Fünf gaben ihre Informationen an die zuständigen Stellen in Kuba weiter, um so ihre Heimat zu schützen. Antiterroristische Kämpfer in Haft in den USA, wo der ‚Kampf gegen den Terror‘ zur Regierungsdoktrin erhoben wurde? Ja, denn in Bezug auf Kuba gelten in den USA immer noch eigene Gesetze!

Amnesty International hat 2011 klargestellt, dass unabhängig vom Spionagevorwurf der durchgeführte Prozess jeder Objektivität Hohn spricht und die Urteile von bis zu mehrfach lebenslänglicher Haft in keinem Verhältnis zu den Vorwürfen stehen. Ein politisches Verfahren, ähnlich wie der Prozess gegen die ‚Atomspione‘ Ethel und Julius Rosenberg, die ebenfalls wegen ‚Konspiration‘ verurteilt und 1953 hingerichtet worden sind.

Zum Kampf um die Freiheit dieser fünf Kubaner findet nun schon das achte Kolloquium statt, um mit einer tatsächlich internationalen Veranstaltung Erfahrungen auszutauschen und Aktionen anzuregen und zu koordinieren. Das Treffen findet immer in Holguin im Osten Kubas statt, und das führte diesmal zu einer zusätzlichen Herausforderung: Im September war über die Provinz Holguin der Hurrikan Sandy hinweggezogen, der erst etliche Tage später Medienaufmerksamkeit erhalten hat, als er in abgeschwächter Form in New York und New Jersey US-amerikanisches Festland erreichte.

Sparen beim Wasser ist Enteignung von Allgemeingut

Damit die Verbraucher in ganz Europa „sparsamer“ mit Wasser umgehen, will die EU-Kommission „ineffiziente“ Wasserhähne und Duschköpfe verbieten.

Austausch der Glühbirnen zugunsten anderer Leuchtmittel, Tausch der Postkästen. Die Mächtigen der EU zeigen, wer das Sagen hat.

Nun soll der nächste Zugriff folgen: Unser Wasser wird gespart! Mit neuer Technik bei Duschen und Wasserhähnen oder dem Verbot der Nutzung von Hausbrunnen wie zuletzt die artesischen Brunnen in der Oststeiermark.

Es ist eine gefährliche Vorgangsweise: Sie kommen, und „sparen“ das Wasser, das freies Allgemeingut ist. Als nächsten Schritt kassieren sie für den Schutz des Wassers und zuletzt kassieren sie für das Wasser selbst.



Wasser: Diese Lebensgrundlage muss unbezahlbar bleiben und darf nicht unter die Kontrolle der EU-Eliten geraten.

Der zuständige EU-Kommissar für diese Maßnahmen ist Janez Potočnik aus Slowenien. Das kleine Alpenland ist bekannt dafür, dass dort riesige Mengen besten Wassers – ja ganze Seen – in den Tiefen der Erde verschwinden um dann teilweise in Italien wieder aufzutauchen (Timavo). Warum fängt der Herr Potočnik nicht da zu sparen an?

KOMMT ERKÄLTUNG VON KÄLTE?

Tipps gegen Schnupfen & Co.

Kalter Wind, nasse Füße und Halsweh treffen sehr oft zusammen. Aber Schuld an Erkältungskrankheiten sind mehrere Faktoren.

Durchschnittlich zweimal jährlich sind Erwachsene erkältet, Kleinkinder bis zu sechsmal so oft. Hauptsächlich ereilen uns Erkältungskrankheiten im Herbst und im Winter. Warum ist das so?

200 Virenarten

Der Schluss liegt nahe, dass allein die Kälte der Grund für dieses Phänomen sei. Schon allein deshalb werden grippale Infekte gemeinhin als „Erkältungen“ bezeichnet. Tatsächlich aber gilt als erwiesen, dass eine Unterkühlung des Körpers krankheitsfördernd, aber nicht krankheitsauslösend wirkt. Vielmehr sind rund 200 verschiedene Virenarten verantwortlich für den Ausbruch der Symptome wie Halsweh, Heiserkeit, erhöhte Körpertemperatur, Schnupfen und Husten.

Damit die Viren voll zuschlagen können, brauchen sie weitere Bedingungen, die ihre Vermehrung begünstigen. Dies sind z.B. schlecht gelüftete Räume, die ein Austrocknen der Schleimhäute zur Folge haben. Die Viren können sich leichter festsetzen und schneller vermehren.

Warum immer ich?

Außerdem führen der verminderte Konsum von Obst und Gemüse sowie weniger Bewegung im Winter zur Schwächung der Immunabwehr – das freut die kleinen Krankheitsteufelchen.

Insgesamt sind die Zusammenhänge komplexer. Tatsache ist, dass einige Menschen über Jahr und Tag gesund bleiben, während es andere ständig er-

wischt. Schlafmangel, Stress, und Umweltgifte (Feinstaub, Zigarettenrauch) erhöhen die Infektionsanfälligkeit.

Auch der Mangel an Vitamin D ruft eine Schwächung des Immunsystems hervor. Da der Körper nur unter Einfluss von Sonnenlicht Vitamin D bildet, erklärt sich die Zunahme an Erkältungskrankheiten zur Jahreswende, wo die Tage am kürzesten und die Nebelfelder am intensivsten sind.

So beugt man vor

Grippalen Infekten kann durch einfache Maßnahmen vorgebeugt werden. Hier einige Tipps:

- Obst und Gemüse essen, einmal wöchentlich Fisch
- Räume nicht überheizen, für genügend Luftfeuchtigkeit sorgen, viel trinken, um die Feuchtigkeit und Widerstandsfähigkeit der Schleimhäute zu erhalten
- So oft wie möglich ins Freie. So übt der Körper, mit Temperaturschwankungen fertig zu werden. Bei Tageslicht wird auch der Vitamin-D-Speicher wieder aufgefüllt
- Genügend Schlaf – mindestens sieben Stunden täglich
- Stress vermeiden
- Hände waschen, um Ansteckungen über Schmierinfektion zu vermeiden.

Menschen, die trotz Beachtung all der vorgenannten Tipps im Winter stets von schweren, lang anhaltenden Erkältungskrankheiten bzw. Bronchitis betroffen sind, sollten ärztlich abklären lassen, ob andere Faktoren, z.B. Allergien, hinter den scheinbaren Erkältungen stecken. Zur vorbeugenden Stärkung der Immunabwehr der Schleimhäute gibt es auch Präparate, die aber nur der Arzt verschreiben darf.



Eichkatzerl müssen für den kalten Winter vorsorgen. In Graz will man künftig wieder besser auf die Stadtpark-Hansis schauen.

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ **0316/71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um **Pflegegeld**
- Antrag auf „einmalige Unterstützung“
- **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Drews Klub, Lagergasse 98a

ERSCHRECKENDE BILANZ EINES SUPERSTAATS

Belastungszone Europäische Union

Milliardäre leisten sich Millionäre

Viele Menschen fragen sich, wie das zusammenpasst: Auf der einen Seite schreibt die EU Sozialabbau in allen Mitgliedsstaaten vor und setzt beinharte Kürzungen durch, die vielen Menschen die Existenzgrundlagen nehmen.

Andererseits genehmigt sich die EU-Spitze immer neue Privilegien und handelt oft nach der Devise: Was kostet die Welt?

Der Wahnsinn hat aber Methode. Die EU ist ein Herrschaftsinstrument der größten Konzerne und der mächtigsten Staaten gegen die Bevölkerung. Ihr Führungspersonal wird gerade deshalb mit Privilegien ausgestattet und ist immun, weil das so ist. Jene Milliardäre, die so tun, als würde ihnen die Welt gehören, leisten sich Millionäre als Führungspersonal. Das darf uns nicht wundern. Wir bringen einige Beispiele:

EU: Wahnsinn mit Methode 70 Millionen Euro mehr für Brüssel

Österreich droht für die nächste Finanzierungsperiode der Europäischen Union von 2014 bis 2020 ein deutlich höherer EU-Nettobeitrag. Nach Informationen des „Wirtschafts-

Blatts“) müsste Österreich allein durch die Abschaffung seines bisherigen Rabattes und die Reform derartiger Vergünstigungen für einige Nettozahler jährlich 70 Millionen Euro mehr nach Brüssel überweisen.

850 Millionen Euro für Bankpalast

Der Neubau des Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt/Main wird weit teurer als geplant: Die Kosten steigen von 500 auf bis zu 850 Millionen Euro: Mit zusätzlichen Kosten von 200 Millionen Euro bis zum Abschluss der Bauarbeiten im Jahr 2014 wird gerechnet. Dazu kommen 100 bis 150 Millionen Euro unter anderem dafür, dass das Fundament zusätzlich verstärkt werden musste.

Jonglieren mit Billionen

Der Europäische Stabilitätsmechanismus – ESM – soll bis zu 800 Milliarden Euro aufbringen, damit die Banken gerettet werden. Österreich hängt mit 19 Milliarden Euro drinnen. Das haben SPÖ, ÖVP und Grüne beschlossen. Die Gefahren für das Bankensystem sind aber größer, als zugegeben wird. Deshalb denken die Staatenlenker darüber nach, den ESM auf 2 Billionen Euro (das sind 2 000 000 000 000 Euro) aufzublasen. Es ist wie bei Suchtkranken. Die Dosis wird in immer kürzeren Abständen erhöht.

47 Tage Urlaub

Bei den Euro-Bankern herrschen sozialpolitisch paradisiische Zustände: Bedienstete des ESM haben Anspruch auf 30 Tage bezahlten Urlaub im Jahr. Hinzu kommen 17 dienstfreie Tage (einschließlich der öffentlichen Feiertage im Großherzogtum

Luxemburg) als Betriebsurlaub. Fällt ein öffentlicher Feiertag in Luxemburg auf ein Wochenende, tritt ein anderer arbeitsfreier Tag an dessen Stelle.

Streichkonzert

Gleichzeitig erzwingen die EU-Statthalter die Erhöhung des Pensionsalters in Griechenland (und allen anderen EU-Mitgliedsstaaten) auf 67 Jahre, kürzen die Pensionen und Gehälter, sie streichen Urlaubs- und Weihnachtsgeld und verfügen Massentlassungen.

Überall Privatisierung

Was hat die Abschaffung von Schutzbestimmungen für Arbeiter und Angestellte vor willkürlichen Kündigungen mit den Staatsfinanzen zu tun? Man möchte meinen: gar nichts. Aber die „Troika“ erzwingt in Grie-

chenland, Portugal, Italien und Spanien genau das. Die Banken und Konzerne werden gestärkt, die arbeitenden Menschen werden geschwächt. Das ist das Ziel.

Genauso ist das mit den Privatisierungen. Das Ausverkaufsdiktat arbeitet den EU-Konzernen in die Hände, die jetzt überall öffentliches Eigentum zu Schleuderpreisen kaufen können.

Demokratie – Nein Danke

Die EU-Spitze macht, was sie will und sie lässt sich von der Bevölkerung nichts dreinreden. Jüngstes Beispiel: Linke Parteien wollten eine EU-weite Bürgerinitiative durchführen, ein Volksbegehren, um die EU sozialer zu machen. Das ist verboten worden. Was zu geschehen hat, bestimmt die EU-Kommission auf Grundlage der Finanzkraft ihrer Mitglieder: Geldherrschaft statt Volksherrschaft.



Wenn wir uns nicht wehren, drohen auch bei uns Zustände wie in Griechenland.

EU-Topverdiener

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank: Jahresgehalt 370.000 Euro brutto plus Zulagen.

José Manuel Barroso, EU-Kommissionspräsident: Jahresgehalt 304.000 Euro brutto plus Zulagen.

Klaus Regling, ESM-Direktor: Jahresgehalt 324.000 Euro brutto plus Zulagen.

Griechenland: Die Hungerkur

Das schreibt die EU der griechischen Bevölkerung vor:

- Pensionskürzung um 10 Prozent
- Pension mit 67 schon ab 2013
- Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst um 10 Prozent
- Gehaltskürzung in staatlichen Betrieben 20-30 Prozent
- Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird gestrichen

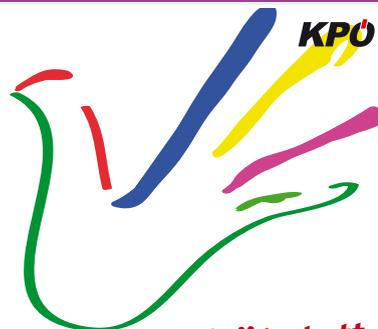
Dazu kommt mit immer neuen Privatisierungen der Ausverkauf des Landes und seiner Naturschätze.

Veranstaltungen des KPÖ-Bildungsvereins

Podiumsdiskussion Söldnerheer statt Neutralität?

Di. 15.1. 2013, 19 Uhr:
KPÖ-Bildungszentrum
im Volkshaus Graz, Lagergasse
98a

Podiumsdiskussion: Wenige Tage vor der Volksbefragung diskutieren über diese Fragen Hanno Wisiak (KPÖ-Steiermark), Gerald Oberansmayr (Solidarwerkstatt Österreich) und ein Vertreter der Initiative „SozialdemokratInnen gegen ein Berufsheer“



**Neutralität statt
EU-Armee**

am 20. Jänner 2013

**NEIN zum
Berufsheer**

www.kpoe-graz.at

Weitere Informationen und
Bestellungen:
KPÖ-Bildungszentrum
Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. (0316) 71 29 59

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



Lesung: Herr Groll im Schatten der Karawanken

Dienstag 19. Februar 2013 19 Uhr
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a

Lesung von Erwin Riess aus seinem neuen
Roman: „Herr Groll im Schatten der Karawanken“

Herr Groll und sein Assistent der Dozent
sind unterwegs nach Kärnten in „den letzten
politischen Jurassic Park Europas“.



Domenico Losurdo

Der italienische Marxist und Politikwissenschaftler stellt seine Bücher vor.

Mi. 23. Jänner 2013 19 Uhr, KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a
Reden über Stalin: Buchpräsentation & Diskussion mit Domenico Losurdo, Felix Wemheuer und David Mayer

Do. 24.1. 2013, 19 Uhr

Congress Leoben Altes Rathaus, Hauptplatz 1
„Flucht aus der Geschichte?“. In Leoben stellt der italienische Philosoph den im Neue

Impulse Verlag erschienenen Band vor. Das Gespräch mit Domenico Losurdo führt LABg. Werner Murgg (KPÖ).

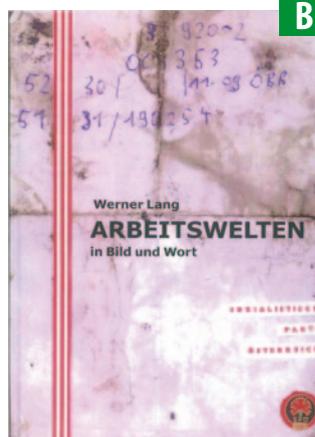
Slowenien für Linksabbieger Ein Dia-Vortrag von Ernest Kaltenegger

Fr, 1. Februar, 19.00 Uhr
Dorfwirt Gölles, Flöcking (nahe Gleisdorf)

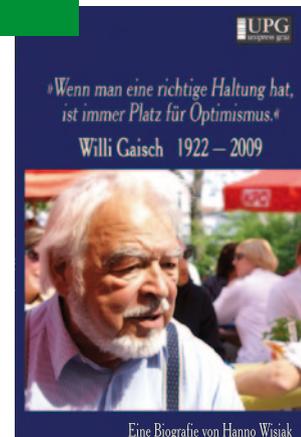
Der Reisebericht von Ernest Kaltenegger möchte Lust machen, selbst einmal Slowenien abseits der Autobahn Richtung Adria oder bekannter Touristikzentren kennenzulernen.



Buchtipps



Ein Sammelband über das Thema „Arbeitswelt“. Wie sind das Verhältnis von Kapital und Arbeit in den letzten Jahren verändert hat. Ausgewählt und zusammengestellt vom Stahlarbeiter Werner Lang aus seinen Texten, Zeitungsbeiträgen und Büchern.
Werner Lang: *Arbeitswelten in Bild und Wort*. 2012. Hardcover, 80 Seiten, 210 x 297 mm, ISBN 9783900792312.
Bestellung: ch.wiesbauer@tele2.at



Eine politische Biografie über den Widerstandskämpfer und langjährigen Obmann der KPÖ Steiermark, Willi Gaisch. Zu beziehen über E-Mail: hanno.wisiak@kpoe-steiermark.at oder im Buchhandel.
Hanno Wisiak: »Wenn man eine richtige Haltung hat, ist immer Platz für Optimismus.« *Willi Gaisch 1922–2009*; Unipress Graz 2012.
ISBN: 978-3-902666-21-5

Volkshaus-Redoute 2013 26.1.2013 im Volkshaus Graz

DER BALL FÜR ALLE * BENEFIZ**

Benefiz für die Opfer des Brandes
Wurmbrandgasse/Schmiedgasse am 10.11.2012
Reservierungen: 0316 / 71 24 79

BIBLIOTHEK des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung
für alle zugänglich



Telefonkontakt: Bernd Mugele 0664/73646417

Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben, Sie können uns gerne besuchen: jeden Mittwoch, 14.30-17.30, oder nach telefonischer Vereinbarung.

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

WINTERWOCHE

OUTDOOR:

- Nachtrodeln
- Iglu und Schneemann bauen
- Schöckelexpedition
- Geländespiel
- Schnupperreiten
- Abendspaziergang mit Fackeln

INDOOR:

- Bastel- & Kreativworkshops
- Märchenabend
- Faschingsdisco
- Miniplaybackshow
- Spieleabend
- und vieles mehr...

Kinderlandvilla St. Radegund
Kombipreis € 298.-
Oster- + Winterwoche

WWW.KINDERLAND-STEIERMARK.AT

OSTERWOCHE

OUTDOOR:

- Ortserkundungsspiel
- Gondelfahrt auf den Schöckel
- Schöckelexpedition
- Sportbewerbe
- Pferdekutschenfahrt
- Abendspaziergang mit Fackeln

INDOOR:

- Kennenlernabend
- Singen und Tanzen
- Osterbasteleien
- Karokeshow
- Songcontest
- und vieles mehr...

AUSZEICHNUNG FÜR
FERIENQUALITÄT
2012
LAND STEIERMARK

WWW.KINDERLAND-STEIERMARK.AT

Auskunft und Anmeldung:

kinderland
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Winterwoche:
16. bis 22. Februar 2013
Kinderlandvilla Radegund
169 Euro

Osterwoche:
23. bis 29. Februar 2013
Kinderlandvilla Radegund
169 Euro

Pfingsten am Turnersee

Schnuppertage
für Kids von 6-15

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise mit Bussen (verschiedene Einsteigermöglichkeiten)

18. bis 20.05.2013
Kinderland Feriendorf, Turnersee

Sommer, Sonne, Ferien: Los! 1-2 oder 3 Wochen möglich!

07. Juli bis 17. August
Kinderland Feriendorf, Turnersee

Pfingsten am Turnersee
18. bis 20. Mai 2013
57,- Euro

Preise jeweils mit Transfer ab Graz, Vollpension, Betreuung u.v.m.
Zuschüsse möglich, bitte informieren Sie sich bei uns!

JETZT AKTIV WERDEN!

"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", sagen wir von der Kommunistischen Jugend. Verändern können wir aber nur gemeinsam etwas: Ohne dich sind wir also eine/r zu wenig!

KjÖ MACH DEINE WUT ZU WIDERSTAND!

Alle Infos, Kontakt und Mitmachen: www.kjoe.at

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:
Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Tel. 0316 / 71 24 79#
Fax 0316 / 71 62 91
volksstimme@kpoe-steiermark.at

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



KLEINANZEIGEN

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband Steiermark
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

Gesucht
Suchen ältere Liegenschaft oder kleine Landwirtschaft im Raum Bruck an der Mur/Kapfenberg, günstige Miete oder Leibrente, Betreuung von Besitzer(in) sowie Tieren möglich. Tel. 0681/20403351.

zu vermieten
Hauptmietwohnung unbefristet vom Eigentümer provisionsfrei ab Jänner 2013 zu vermieten! In 8565 St. Johann ob Hohenburg! 136m² große, repräsentative Wohnung in historischem Gebäude mit zusätzlich 100m² Terrasse. 20 Autominuten westlich von Graz. Komplett saniert Gesamte Wohnung und Terrasse barrierefrei. Miete inkl. BK und Steuern 1280 Euro, Kaution 4000 Euro. Auskunft: Sabine G., 0680 20 33 600.



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteilgruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat in Graz um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...
Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins,
Pausendorferstraße, Knittelfeld, Tel. 035 12 / 49 575.



Balu ist ein wunderschöner Schäfermischling, sehr groß gewachsen, liebenswert, aber noch ungestüm.



Balu, Löwenkopfkäaninchen ist ein Rammler, geb. 2012.



Aron ist ein sehr hübscher Mischlingsrüde, braucht noch ein bisschen Erziehung, geb. Jänner 2012.



Bob ist ein Meerschweinchenbock, geb. 2012. Braucht Gesellschaft.



Berti und **Duke** sind zwei entzückende Käaninchenböcke, geb. 2012, beide kastriert, brauchen ein neues Zuhause.



Conan ist ein noch schüchtern Kater, kastriert, ca. zwei Jahre, war ein Streunerker und braucht ein schönes Platzler.



Romeo ist ein kastrierter Meerschweinchenbock, schaut sehr lustig aus mit seiner „Hippiefrisur“. Braucht ebenfalls Gesellschaft.



Lady ist eine wunderschöne dreifärbige British-Kurzhaarkatze, sie ist eine Wohnungskatze, steril., geb. 2011, leider ein wenig schüchtern.



Vasco ist ein kastrierter Langhaar-Kater, geb. 2012, lebte als Streunerker in Freiheit und ist daher an Menschen noch nicht so gewöhnt. Aber mit Geduld und Zuneigung wird er sicher auftauen.



Dinky ist ein hübscher und unkomplizierter Beagle-Rüde, geb. 2007, sein Besitzer musste beruflich ins Ausland, kinderfreundlich.

Briefe an die Redaktion
Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme,
Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Privatisierung der Loserbahnen Öffnung der Pisten für Tourenger

Gratulation, dass sie das Thema Privatisierung der Loserbahnen aufgreifen. So sollten sämtliche Skigebiet-Privatisierungen der letzten Jahre sowie auch zukünftige Privatisierungen an die Stricknadel-Gruppe genau geprüft werden...

Denn auch nach der Privatisierung fließen Millionen an Förderungen an diese Skigebiete – jetzt aber kassieren private Aufsichtsräte und Vor-

stände sowie Gesellschaft überhöhte Gehälter (aus den Förderungen) und für den gemeinen Bürger wird Skifahren trotzdem immer unleistbarer.

Wenn ein Skigebiet Unterstützung/Förderungen des Landes erhält, sollten diese Skigebiete auch gezwungen werden ihre Pisten (zumindest tagsüber) für Tourenger zu öffnen. Immer mehr versuchen Tourenger

auszuschließen – dabei ist dies für viele die einzige Möglichkeit sich Skifahren noch leisten zu können. Außerdem dient es der Gesundheit aller...

Übermittelt im
Webforum
www.kpoe-steiermark.at



www.weizsolar.at



Tel. 0664 4940949

**PHOTOVOLTAIK-WORKSHOPS
finden jeweils am**

letzten Samstag im Monat (von Februar bis November) von 09:00 bis 17:00 Uhr im Weizer Energie-Innovations-Zentrum, Franz Pichlerstraße 32, statt.

**Manufaktur und Workshop:
Franz Pichlerstraße 32, 8160 Weiz**



Volksbefragung am 20. Jänner 2013

Wir tun was für Österreich

und stimmen für den Zivildienst

Neutralität *statt* EU-Armee

Foto: Bundesheer



Für Wehrpflicht und Zivildienst!

KPÖ

www.kpoe-steiermark.at/wehrpflicht

„Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?“

oder

Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“

Diese Frage wird den Österreichern in einer Volksabstimmung am 20. Jänner 2013 gestellt. Den SPÖ-Politikern sind unsere jahrzehntelang geleisteten Dienste anscheinend nicht mehr genug. Jetzt sollen „Profis“ her, die man die europaweit gegen das Volk einsetzen kann. Künftige Bundesheersoldaten müssen in einem künftigen Söldnerheer nicht einmal mehr Staatsbürger der Republik Österreich sein. Im Sozialbereich sollten die jetzt verächtlich angesehenen „unprofessionellen“ Zivildienstler gegen angeblich gut bezahlte Leister eines „freiwilligen Sozialjahres“ ersetzt werden. Woher wird wohl das Geld dafür kommen, wo die Regierung hinten und vorne kürzt? Die Abschaffung des Zivildienstes wäre ein schwerer Schlag für die Sozialorganisationen in Österreich. Zivildienstler sollten in Zukunft gleichberechtigt mit Präsenzdienstern sein, wobei die sozialrechtliche Absicherung für beide Gruppen verbessert werden müsste. Stimmen wir für Österreich und gegen die Regierung mit der Stimme FÜR Wehrpflicht UND Zivildienst!

UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG

Wehrpflicht – auch für Frauen?

Sollen in ein künftiges, reformiertes System des Wehr- und Zivildienstes auch Frauen einbezogen werden?

JA

NEIN

Gedanken und Anregungen:

Ich möchte die Volksstimme und andere Informationen der KPÖ zugesendet erhalten und bin mit der Verwendung meiner Adresse einverstanden

Name:

Adresse:



An die

STEIRISCHE Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

